

## WO FINDET DIE FREIHEIT IHR MASS?

---

Wie läßt sich die Freiheit verteidigen gegen den islamischen Fundamentalismus? Diese Frage hat die Philosophin Barbara Zehnpfennig vor über einem Jahr in der *FAZ* gestellt (»Freiheit mit Maß«, 8. 6. 2015); niemand hat auf sie geantwortet. Ihre Diagnose lautet, daß die Folgen eines säkularisierten Verständnisses von Freiheit die westliche Kultur wehrlos gegen den Islamismus machten – diese Situation erfasse der zeitgleich mit dem Attentat auf *Charlie Hebdo* erschienene Roman von Michel Houellebecq, *Unterwerfung*. Zehnpfennig nennt drei Folgen dieser Säkularisierung. Erstens den Pluralismus, welcher sowohl eine Vervielfältigung der Lebensentwürfe bewirke wie auch das Risiko der Vermassung. Zweitens die soziale Konkurrenz, welche massenhaft Verlierer in der Leistungsgesellschaft produziere, also Menschen, die einem Sinnedefizit ausgesetzt sind. Drittens den Relativismus, der ein *anything goes* befördere – sowohl bei Fragen nach Werten wie bei Fragen nach Wahrheit. Der Islamismus biete Abhilfe: monistische Geborgenheit gegen pluralistische Verunsicherung, Brüderlichkeit gegen Konkurrenzdruck, Heilsgewißheit gegen relativistische Beliebigkeit. Das würde ihm langfristig jenen Sieg sichern, den Houellebecq poetisch antizipiert. Was also tun? Die Philosophin hält dafür, daß weder die Freiheit ein Selbstzweck sein dürfe noch der Erhalt des demokratischen Systems; vielmehr müsse der Pluralismus sich auf die Wahrheitssuche begeben und der Individualismus die eigenen Wertentscheidungen vernünftig begründen.

Indes, kann dieses Rezept die Krankheit heilen? Ich glaube nicht. Die Philosophin hat außer Acht gelassen, daß Demokratien eines Staatsvolkes bedürfen; und ein

solches besteht nicht aus freien Untertanen, sondern aus Bürgern. Alle Republiken, die auf Partizipation beruhen, müssen vermeiden, daß letztere sich allmählich in erstere verwandeln. Und das geht nur, wenn der Liberalismus sein von Wolfgang Kersting so benanntes »neutralistisches Selbstmißverständnis« aufgibt, welches den demokratischen Staat davon abhält, dafür zu sorgen, daß seine Bürger sich mit den konstitutiven Werten einer Demokratie identifizieren. Das im Neutralismus befangene liberale Denken pflegt den Pluralismus anzupreisen, den Pluralismus der Meinungen, der Verbände, der sozialen Schichtung, der religiösen Orientierungen – selbst dann noch, wenn die fragmentierte Gesellschaft kaum noch in der Lage ist, ein gemeinsames Wohl zu formulieren, und sich jedweden Bezugs auf ein Gemeinwohl zu entledigen beginnt. Entschwindet dieses, dann büßen die Bürger just das ein, was aus ihnen eine Bürgerschaft (*demos*) macht, und sie mutieren zur »Bevölkerung«. Eine »Bevölkerung« – eine Ansammlung von freien Untertanen – kann freilich keine Demokratie schultern.

Verdeutlichen wir den Unterschied: Seit Machiavelli hat der moderne Republikanismus das Gedeihen von Freistaaten daran gebunden, ob in den Seelen der Bürger genügend *virtù* sei, nämlich genügend Wille zur Partizipation mit dem Gesicht zum Gemeinwohl. Hierbei steht mehr auf dem Spiel, als auf den ersten Blick ersichtlich. Denn es geht um den Begriff der Bürgerschaft, ohne welche es kein »Staatsvolk« (*demos*) geben und keine Republik Bestand haben kann. Der Begriff des Bürgers ist angewiesen auf das Vorhandensein einer politischen Gemeinschaft. Wir sind Bürger, insofern wir nicht bloß einer Gesellschaft angehören, die auf Grund

ihrer sozialen Differenzierung sich notwendigerweise in partikulare Sektoren gliedert, sondern insofern wir uns als Mitglieder einer Gemeinschaft begreifen, für die man einsteht und an deren Gestaltung wir partizipatorisch mitwirken. Nur Gemeinschaften haben ein Gemeinwohl, das auf generationenübergreifende Dauer angelegt ist; Gesellschaften kennen nur aggregierte Vorteile für den Augenblick. Als Bürger sind wir also Doppelwesen. Einerseits gehören wir konkreten sozialen Gruppen an und teilen bestimmte partikulare Interessen und private Motive; andererseits sind wir ausgerichtet auf ein gemeinsames Wohl des Ganzen. In der Orientierung auf das Gemeinwohl übersteigen wir uns selbst; sie befördert eine immanente Selbsttranszendenz. Diese ›moralischen Substanz‹ hielt die antike Philosophie für die politische Ressource schlechthin.

Republiken, die auf Partizipation angelegt sind, müssen darum mehr von ihren Bürgern fordern, als freie Untertanen zu geben bereit sind. Sie müssen verlangen, daß ihre Bürger sich um das Gemeinwohl sorgen. Unvermeidlich setzen sie damit ihre Bürger unter einen gelinden Homogenisierungsdruck. Gerade der Gedanke der Volkssouveränität und des gemeinsamen kollektiven Handelns auf der Basis kollektiver Willensentscheide erheischt eine höhere Kohäsion und einen stärkeren Konsens über die zentralen Werte – andernfalls würden Mehrheitsentscheidungen nicht akzeptiert; und ohne Mehrheitsprinzip keine Demokratie. Daher droht der Gedanke der Volkssouveränität verlorenzugehen, sobald die gesellschaftlichen Sektoren kulturell divergieren und Parallelgesellschaften entstehen – mit unterschiedlichen und entgegengesetzten Wertesystemen. Mit ihnen zerbricht der einheitliche Raum des Rechtes, ohne den keine Republik existieren kann. Solche Vielfalt als Bereicherung zu begrüßen, heißt die Auflösung des politischen Raumes mit einem billigen Ideologem zu beschönigen. Billig ist es deswegen, weil Vielfalt wahrlich keiner Pflege bedarf, entsteht sie doch überall aus den spontanen Prozessen, wohingegen Homogenität stets kulturelle Anstrengung erfordert.

Auch liberale Theoretiker sind bereit, das einzuräumen. Als Ernst-Wolfgang Böckenförde 2005 sich gegen den Beitritt der Türkei in die EU aussprach, betonte er, daß Demokratien einen kräftigeren Zusammenhalt als andere politische Systeme erfordern. Im Namen der politischen Freiheit sei eine zureichende kulturelle Homogenität oberstes Gebot. Diesen Anspruch sollte man nicht leichtfertig zurückweisen, indem man den Pluralismus gegen

ihn ausspielt. Denn sobald der Liberalismus sein republikanisches Erbe über Bord wirft, werden die Wogen der Geschichte ihn für zu leicht befinden.

Was hat dies nun zu tun mit der Verteidigung der Freiheit gegen den islamischen Fundamentalismus? Barbara Zehnppfennig bietet hierzu folgende Überlegungen: Erstens sei die Freiheit ohnehin nicht der oberste Wert, weil auch westliche Demokratien sie beschneiden – etwa den Feinden der Freiheit. Zweitens könne »die Erhaltung des Systems« kein Maßstab sein; denn »Systemerhalt als Selbstzweck [...] wäre die totale Kapitulation vor jedem höheren Anspruch«. Statt dessen empfiehlt sie als rettende Maßnahme, die Freiheit zu gebrauchen, um ein höheres Selbst im Menschen zu entfalten: Der Pluralismus müsse der Wahrheitssuche dienen; und der Individualismus solle die Individualität »in der Anstrengung zugunsten einer vernünftigen Begründung der eigenen Wertentscheidung« sehen.

Besehen wir die letzte Empfehlung. Sie richtet sich nicht an den Staat, um eine neue politische Pädagogik einzuklagen; sie bezieht sich auf die private Lebensführung. So bleibt sie eine Reklame für ein Sinnangebot auf dem kulturellen Markt, welches längst zu haben ist. Gegen die erste Überlegung läßt sich einwenden: Es bedarf keines höheren Wertes, um die Freiheit legitimerweise zu begrenzen. Die Freiheit selber, als ›Freiheit zu‹, ist dazu imstande – indem sie die ›Freiheit von‹ einschränkt. Deshalb warnte Tocqueville: »Wer in der Freiheit etwas anderes sucht als sie selber, ist zum Dienen geschaffen.« Zwei Sachverhalte werden sichtbar. Zum einen entlassen alle Werte aus sich selber eine antinomische Dialektik, sobald sie im sozialen Leben zu wirken beginnen: Die Gleichheit erfordert ungleiche Entlohnung bei ungleicher Leistung; die Toleranz verlangt, intolerant zu sein gegen Intolerante. Die Antinomie der Freiheit brach auf an der Frage Montesquieus und anderer, ob ein Mensch sich in die Sklaverei verkaufen dürfe: Sollte man der menschlichen Freiheit keine Grenze setzen, wenn das freie Subjekt mit freiem Entschluß die eigene Freiheit verkauft? Desgleichen steht, wem Freiheit etwas bedeutet, es nicht frei, zuzusehen, wie die Feinde der Freiheit diese zerstören. Zum anderen kommt hier zum Vorschein, was einen Wert zum Wert macht. Wertvoll ist nur, was man teuer erwirbt und bewahrt. Alle Werte sind nur darum Werte, weil Menschen bereit sind, für sie Opfer zu bringen – eventuell die äußersten. Daher ist die Opferbereitschaft der Indikator dafür, ob die Wertideen in einer Gesellschaft etwas taugen



Jürgen K. Hultenreich: *Goethe IX*, 2011

oder entwertet sind. Hegels Dialektik des Kampfes um Anerkennung zieht die unerbittliche Konsequenz: Frei wird sein, wer die größere Bereitschaft zeigt, sein Leben einzusetzen; Sklave wird sein, wer kapituliert. Diese Einsicht scheint vergessen. Der Schock, den die medialen Apparate der westlichen Kultur nicht verkraften, ist der, mitanzusehen zu müssen, wie die Feinde der Freiheit mehr Mut und Opferbereitschaft zeigen als die opferunwillige ›Bevölkerung‹ der liberalen Gemeinwesen.

Das kann nicht verwundern. Die Erlebnisgesellschaft rückt alles Wertvolle in annähernd gleichmäßige Distanz und Nähe. Nichts ist letztlich wertvoller als anderes, weswegen sich alles vergleichgültigt. Und bei zunehmender Gleichgültigkeit entschwindet jeglicher Wert und werden Opfer sinnlos. Nichts ist dieser Situation angemessener als der sich radikaliserende Toleranzdiskurs und der sich entgrenzende Toleranzbegriff. Toleranz ist der Schirm für schwerste Verletzung von Menschenrechten geworden. Daß die Pariser UNESCO-Resolution von 1995 eigens verlangt, keine Toleranz solchen Kulturen zu geben, die basale Menschenrechte verletzen, ist in den öffentlichen Debatten vergessen; und dieses Vergessen wird medial perpetuiert. Die Kultur der Wert-Losigkeit muß die Alltoleranz zum höchsten Wert erheben und sie über die Demokratie und die Freiheit und über die Menschenrechte stellen. Alltoleranz ist die Parole derer, die keine Werte mehr haben und deswegen alle gelten lassen – und das im guten Gewissen, es doch gut zu meinen. Sie ist der ›Wert‹, für den man nicht das geringste Opfer zu erbringen braucht, weil sie jedwedes Opfer absurd macht. Der allerorten konstatierte Anstieg von ›Mitgefühl‹ und ›Sensibilisierung‹ schützt nicht vor Werteverlust – im Gegenteil. Diese Abwesenheit von Opferbereitschaft ist der Grund dafür, daß Houellebecqs romanförmige Analyse so beängstigend überzeugt. Deren moralische Tristesse schuldet sich der uferlosen Gleichgültigkeit und der vollendeten Unfähigkeit, noch etwas für wichtig und wertvoll zu halten. Und genau das führt in die lautlose ›Unterwerfung‹.

Nun zum ›Systemerhalt‹. Er soll nicht als höchster Wert gelten dürfen. Wirklich nicht? Es geht um den institutionellen Rahmen, in dem die politische Freiheit alleine gedeihen kann. Diesen geringerschätzen heißt den republikanischen Kompaß wegwerfen, an dem der klassische Liberalismus sich orientiert hat. Seinen berühmten Vortrag von 1819 ›Über die Freiheit der Alten im Vergleich zu der Heutigen‹ schließt Benjamin Constant,

nachdem er die moderne liberale Freiheit gepriesen hat, mit einer erstaunlichen Volte: Mit Recht erstrebe der Mensch sein Glück, und dazu bedürfe er der individuell-liberalen Freiheit; doch der bessere Teil seiner Natur bestimme ihn dazu, sich zu perfektionieren. Und dazu benötige er die antik-politische Freiheit: ›Die politische Freiheit ist das mächtigste und energischste Mittel zur Perfektionierung, welches der Himmel uns gegeben hat.‹ Ein höheres Ziel als dasjenige der Perfektionierung des Menschen kann es außerhalb der Religion nicht geben. Wenn die politische Freiheit zu solcher Perfektionierung das stärkste Mittel ist, dann ist sie ohne jedweden Zweifel das höchste Gut auf Erden. Ein freies Gemeinwesen ist verpflichtet, alle anderen Güter hintan zu stellen, um dieses Gut zu retten und zu bewahren.

Wenn man freilich die freiheitliche Republik mit dem bösen Wort ›System‹ tituliert, dann wird ausgelöscht, was wir an ihr haben und um welchen hohen historischen Preis sie errungen wurde. Vergessen wir diesen Preis, dann nehmen wir die Freiheit für eine selbstverständliche Gegebenheit – wie der Bär den Wald. Das hieße nicht bloß, die Generationen beleidigen, die nicht zuletzt um unseretwillen jene Kosten bezahlten; es heißt obendrein in amnestische Barbarei abgleiten. Der Westen hat den verhängnisvollen Fehler begangen zu glauben, daß man die Freiheit in der Tasche hat wie einen Besitz für immer. Aber in der Geschichte kann alles verlorengehen. Die Gleichgültigkeit gegen jene Werte, auf denen die Demokratie beruht, sowie die Sinnentleerung, welche Houellebecq diagnostiziert, ergeben sich daraus, daß wir im Begriffe sind, die memoriale Dimension unserer kulturellen Existenz preiszugeben. Indes, die postmoderne Kultur scheut eben zurück vor memorial-kultureller Identitätssicherung – das ist unser Dilemma.

Dennoch führt kein Weg zur Freiheit an solcher Vergewisserung vorbei. Zwar erbringt die Erinnerung keine Erlösung, aber sie bringt zu Bewußtsein, wie kostbar das ist, was wir achtlos preisgeben. Die Freiheit verteidigen heißt sich entschließen, für sie Opfer zu bringen; andernfalls ist sie schlechterdings kein Wert. Und wir können die Errungenschaften, die es wert sind, nur bewahren, wenn wir sie immer neu erringen – Tag für Tag. Auch das macht die Freiheit so schwierig. Denn keine leichte Aufgabe haben uns – wie Hölderlin sagt – die Himmlischen gestellt: daß der Mensch ›verstehe die Freiheit, aufzubrechen wohin er will‹.